

Heinsberger Zeitung
07.04.18

Die Rübensaat beginnt diesmal etwas später

Vorsitzender Bernhard Conzen aus Gangelt: „Saatbedingungen wichtiger sind als Saattermin“

Kreis Heinsberg. Voraussichtlich mit der zweiten April-Woche beginnt nach Angaben des Rheinischen Rübenbauer-Verbandes (RRV) verbreitet die Rübensaat im rheinischen Anbaugebiet. Bis Mitte der ersten April-Woche seien nur vereinzelt Rübenflächen eingesät. Die Aussaat erfolge damit zwar rund zwei Wochen später als im vergangenen Jahr, aber nur unwesentlich später als im langjährigen Mittel.

„Bodenfeuchte und Temperaturen ließen keine zeitigere Aussaat zu“, erklärte Bernhard Conzen aus

Gangelt, Vorsitzender des RRV. „Und im März und April gelte immer der Grundsatz, dass die Saatbedingungen wichtiger sind als der Saattermin“, so Conzen weiter. Die Anbauer würden auf eine gute Bodenstruktur hoffen nach einem Winter mit wiederholten Frostphasen. Diese sei eine zentrale Grundlage für das Erzielen hoher Erträge. Und solche seien, so Bernhard Conzen, gerade in Zeiten mit offenen Märkten und kaum kalkulierbaren Preisschwankungen bei Zucker und Rübe wichtiger denn je.

Nach dem ersten Jahr ohne Zuckerquote und Mindestpreis ist die Skepsis bei den Rübenanbauern im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit der neuen europäischen Zuckermarktordnung laut RRV gewachsen. Der massive Preisverfall habe dazu geführt, dass trotz Rekordserträgen im vergangenen Jahr der Rübenanbau unter wirtschaftlichem Druck stehe. Als besonders belastend für die heimischen Erzeuger sieht Conzen, der zugleich Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Rübenanbauerverbände (AdR) ist, die gekoppel-

ten Zahlungen an, die in mittlerweile elf EU-Staaten an die dortigen Rübenanbauer gezahlt würden. In Deutschland gebe es solche Zahlungen nicht. Diese seien gerade in Zeiten niedriger Zuckermarktpreise besonders wettbewerbsverzerrend, so Conzen. Deswegen fordere der Rheinische Rübenbauer-Verband wie die gesamte deutsche Zuckerwirtschaft ein Ende dieser Zahlungen zum Auslaufen der Marktordnungsperiode in 2020. Nur dann sei ein fairer Wettbewerb innerhalb der EU gewährleistet.